

Jeromin, Ulrich

Article — Digitized Version

Die fremden Minderheiten im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess: Das Beispiel der Überseechinesen in Südostasien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Jeromin, Ulrich (1966) : Die fremden Minderheiten im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess: Das Beispiel der Überseechinesen in Südostasien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 7, pp. 377-382

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133613>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die fremden Minderheiten im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß

Das Beispiel der Überseechinesen in Südostasien

Dr. Ulrich Jeromin, Hamburg

Auf der Suche nach den Ursachen und Voraussetzungen des Wirtschaftswachstums hat die wirtschaftswissenschaftliche Forschung den privaten Unternehmer wiederentdeckt. Das ist nicht verwunderlich, denn nachdem es lange Zeit so aussah, als würde sich der Großteil der Entwicklungsländer eher das Beispiel der sowjetischen als das der europäisch-nordamerikanischen Industrialisierung zum Vorbild nehmen, hat bei ihnen in den letzten Jahren eine der Einzelinitiative mehr Spielraum gewährende Wirtschaftspolitik an Boden gewonnen. Sicherlich ist das vor allem eine Folge der schlechten Erfahrungen, die einige Staaten bei dem Versuch gemacht haben, die wirtschaftliche Initiative völlig bei einigen wenigen Behörden zu zentralisieren.¹⁾

Ideologie ist nicht mehr in dem Ausmaß gefragt, wie es lange Zeit der Fall war; pragmatischere Lösungsversuche werden angestrebt. Dazu gehört, daß die Alternative nicht mehr lautet, zentral geplante oder der Initiative einzelner überlassene Wirtschaftsentwicklung, sondern sowohl der Staat als auch das private Unternehmertum erhalten bei der Lösung der anstehenden wirtschaftlichen Probleme eine Rolle zugeteilt. Im ost- und südasiatischen Bereich beispielsweise scheint außerhalb des kommunistischen Blocks im Augenblick nur noch Birma völlig auf die Privatinitiative verzichten zu wollen. Selbst Indonesien, das sich bis zu der Entmachtung Sukarnos an der politischen Linie Pekings orientierte, hatte die privaten Unternehmer nicht völlig verbannt.

Ein theoretisches Modell für diese „gemischte Entwicklungsstrategie“ liefert Schiller. Er erkennt dem Staat und den staatlichen Investitionen die Rolle des „Motors“ der Entwicklung zu, von ihnen müssen die Impulse ausgehen, die einen Rückfall in die Stagnation verhindern. Diese staatlichen autonomen Investitionen genügen aber allein nicht, die Impulse müssen auch umgesetzt werden in einen Entwicklungsprozeß, der möglichst breite Teile der Bevölkerung erfaßt. Das ist eine Aufgabe, die am besten vom Markt und von der privaten Unternehmerinitiative zu erfüllen ist.²⁾

1) Vgl. hierzu Richard F. Behrendt: Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt a. M. 1965, insbesondere S. 520 ff.

2) Vgl. Karl Schiller: Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 44. Jg. (1964, H. 10, S. 417 ff., und dens.: Zur Wachstumsproblematik der Entwicklungsländer, Kiel 1960, S. 3 ff.

Als Träger dieses Entwicklungsprozesses werden zwei ganz verschiedene aktiv handelnde Gruppen gebraucht. Der Staat benötigt für seine Führungsrolle eine Schicht dynamischer Funktionäre. Sie heranzubilden ist ohne Zweifel eine wichtige Aufgabe, die zu lösen auch versucht wird. Welchen Erfolg man dabei hatte, ist eine Frage, die im Zusammenhang dieser Arbeit nicht interessieren soll.

Mit Funktionären allein ist es aber nicht getan. Dadurch, daß man sich bei der Verwirklichung der Entwicklungsstrategie auch auf die Privatinitiative stützen will, wird darüber hinaus ebenso die Heranbildung einer Gruppe von privaten Unternehmern zum Problem. Es hat den Anschein, als ob in diesem Punkt von den Entwicklungsländern, wo der notwendigerweise nach eigenem Profit strebende selbständige Geschäftsmann immer noch sehr gern als Sündenbock für viele wirtschaftliche Schwierigkeiten hingestellt wird, viel versäumt worden ist. Die praktische Politik hinkt hinter den aus den Erfahrungen gesammelten Einsichten her. Obwohl der Privatinitiative in der Wirtschaftsordnung der meisten Entwicklungsländer wieder ein wichtiger Platz zugewiesen wird, geht man dort an den sich aus dieser Entscheidung ergebenden nächsten Schritt, die Mobilisierung aller Ansätze privater Unternehmerinitiative, nur sehr zögernd heran.

FREMDE ALS UNTERNEHMER

Ein Grund dafür mag sein, daß es in den Entwicklungsländern eine den Unternehmern der westlichen Industrienationen vergleichbare Bevölkerungsschicht in der Regel nicht gibt. Es gibt Geschäftemacher verschiedener Art: Händler, Höker, Wucherer, Spekulanten. Sie erwecken aber nicht den Eindruck, fähig zu sein, einen Entwicklungsprozeß durchzuführen. Eher behindern sie ihn. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß es auch nicht sofort westliche Industrieunternehmer gab, sondern sie sich erst in dem Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung bildeten. Es liegt daher nahe, heute in den Entwicklungsländern nach Gruppierungen in der Bevölkerung zu suchen, die denjenigen vergleichbar sind, die in Europa die modernen Industrieunternehmer hervorgebracht haben.

Die Gültigkeit der Erkenntnisse von Max Weber, der eine Beziehung zwischen dem Protestantismus und dem

Kapitalismus sah, für die heutigen Probleme der Entwicklungsländer wird bereits viel diskutiert.³⁾ Nahe-liegender als das Forschen nach einer der „protestantischen“ verwandten Ethik dürfte aber ein Zurückgreifen auf Sombart sein. Sombart hat die Rolle hervor-gehoben, die fremde Minderheiten bei der kapitalisti-schen Wirtschaftsentwicklung in West- und Mitteleu-ropa gespielt haben.⁴⁾ Fremde, d. h. nicht einheimische Händler- und Unternehmergruppen, gehören aber heute zu den Hinterlassenschaften, die fast alle Entwik-klungsländer in mehr oder weniger großem Umfang aus der kolonialen Zeit übernommen haben. Die Chi-nesen in Südostasien gehören ebenso hierzu wie die Inder in Ostafrika und die Levantiner in Westafrika und im karibischen Raum, um nur die wichtigsten zu nennen.

Hier soll nun allerdings nicht die Frage erörtert wer-den, inwieweit sich diese Minderheitsgruppen als Un-ternehmer, insbesondere als Industrieunternehmer in einem modernen Entwicklungsprozeß, eignen. Wahr-scheinlich ließe sie sich gar nicht generell beantwor-ten, sondern sie müßte von Fall zu Fall untersucht werden. Aber selbst bei einer solchen Eignung ist noch kein Beweis dafür erbracht, daß die Nutzbar-machung dieser Fähigkeiten der Minderheitsgruppen für die Wirtschaftsentwicklung des Gastlandes wahr-scheinlich ist.

Die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, sollen am Beispiel einer dieser Minderheitsgruppen, der Chi-nesen in Südostasien, untersucht werden. Ihre Eign-ung als Unternehmer und vor allem auch als Gründer kleiner und mittlerer Industriebetriebe kann voraus-gesetzt werden. Als Beweis sei nur die Wirtschafts-entwicklung erwähnt, die sich nach dem Kriege in Hongkong vollzog, sich neuerdings auf Taiwan voll-zieht und in Singapur bereits anbahnt. Hier bilden die Chinesen allerdings keine Minderheiten. Die Hin-dernisse, hauptsächlich politischer Art, die sich einer Nutzung ihrer Fähigkeiten auch in den anderen Län-dern Südostasiens entgegenstellen, lassen Schlüsse auf die Lage anderer fremder Minderheiten in anderen Entwicklungsländern zu.

DIE CHINESISCHE MINDERHEIT IN SUDOSTASIEN

In Südostasien leben heute, auf die einzelnen Länder sehr unterschiedlich verteilt, etwa 12 Mill. Chinesen.⁵⁾ Die Entstehungsgeschichte dieser Minderheit reicht teilweise mehrere Jahrhunderte zurück bis in die vor-europäische Zeit, jedoch setzte der Hauptstrom der Einwanderung erst mit der europäischen Durchdrin-

3) Als Beispiele vgl. u. a. W. F. Wertheim: East-West Par-allels, Den Haag 1964, und John J. Carroll: The Filipino Manufacturing Entrepreneur, Ithaca 1965.

4) Vgl. Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., 2. Halbbd., München und Leipzig 1928, S. 883 ff.

5) Ausführlich behandelt wird die chinesische Minderheit Südost-asiens in meiner Untersuchung: Die Überseechinesen. Ihre Bedeu-tung für die wirtschaftliche Entwicklung Südostasiens, Stuttgart 1966.

gung ein und erreichte einen Höhepunkt, als auch die kolonial-kapitalistische Erschließung Südostasiens am intensivsten war: etwa um die Jahrhundertwende und in der Zeit zwischen dem Ende des 1. Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise.

Die Minderheit ist vorwiegend wirtschaftlich orien-tiert. Die Europäer brauchten die Chinesen als Hilfs-kräfte beim Aufbau der Kolonialwirtschaften, einmal als Arbeiter (Kuli-Einwanderung) in Plantagen, Berg-werken und bei der Anlage von Verkehrswegen, zum anderen aber als Händler und Kleingewerbetreibende. Das europäische Kapital beschränkte sich in den Tropen auf diejenigen Wirtschaftsbereiche, in denen die Organisation von Großbetrieben möglich war. Die er-gänzenden kleinbetrieblichen Sekundärstrukturen blie-ben von den Europäern unbesetzt. Auch aus dem ein-heimischen Sektor gab es hierfür so gut wie keine Interessen, da man in der traditionellen Wirt-schafts- und Gesellschaftsstruktur Südostasiens ge-werbliche Ansätze kaum kannte. Hier tat sich eine Lücke auf, die auszufüllen die große Chance der Chi-nesen war. Zum großen Teil sind es ehemalige Kulis gewesen, die den Aufstieg zu kleinen Händlern und Handwerkern schafften.

Als Händler hatten die Chinesen in der kolonialen Wirtschaftsordnung die Aufgabe, den traditionellen einheimischen, noch weitgehend auf Selbstversorgung ausgerichteten Sektor an die moderne Weltwirtschaft anzuschließen. Hierzu sind die westlichen, weitgehend rational aufgebauten großbetrieblichen Unternehmungen nicht in der Lage gewesen.

Dagegen war und ist auch heute noch bei den chine-sischen Unternehmern Traditionalismus weit verbreitet. Gerade deshalb konnten sie auch innerhalb der kolonialen Ordnung als Mittler zwischen Europäern und Einheimischen auftreten. Sicherlich steht damit das chinesische Unternehmertum in Südostasien der unerwünschten Spielart sehr nahe, die als Kommerz-bzw. Basarkapitalismus bezeichnet wird, der einen modernen wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß nicht fördert, sondern ihn behindert.⁶⁾

Solch eine Klassifizierung trifft aber für die Chinesen nur teilweise zu, denn überall in Südostasien gibt es auch erfreuliche Anzeichen langfristiger Kapitalinvestitionen. Im Zinnbergbau Malayas und Thailands waren Chinesen sogar Pioniere. Sie entwickelten diesen Wirtschaftszweig, bevor sich europäisches Kapital da-zu bereitfand. Ein anderes Beispiel ist der Kautschuk-anbau. Man muß beachten, daß sich die Chinesen auf diesen Gebieten sogar gegen westliche Konkurrenz behaupten mußten und es auch konnten. Es kam je-doch auch hier nicht zur Gründung derart großer Un-ternehmenseinheiten, wie sie für das westliche Kapi-tal eigentümlich sind. Der Schritt zur anonymen Asso-

6) Vgl. dazu Karl Schiller: Wachstumsproblematik, a. a. O., S. 19.

zierung in modernen Kapitalgesellschaften ist von den Chinesen mit ihrem großen Hang zur Bewahrung der „persönlichen“ oder richtiger „familiären“ Handlungsfreiheit bisher noch kaum getan worden. Darauf ist es in erster Linie zurückzuführen, daß in der Urproduktion die chinesischen Unternehmungen letztlich nur im Schatten der tonangebenden westlichen Großkonzerne existierten. Das geringere technische Wissen konnte dabei kaum eine Rolle spielen, denn die Chinesen haben im Zinnbergbau bewiesen, daß sie zur Übernahme moderner technischer Produktionsmethoden fähig sind, solange das im beschränkten finanziellen Rahmen eines Familienbetriebes möglich ist.

Wenn sich das zu langfristigen Investitionen bereite chinesische Kapital für diese Formen der Urproduktion für den Bedarf des Weltmarktes, jedoch kaum zu einer breiten Produktion für den Landesbedarf, also für eine eigentliche Industrialisierung, bereit fand, dann lag das sicherlich nicht an den Chinesen selbst, sondern an der Politik der herrschenden europäischen Mächte. Sie sahen die Kolonien als Absatzmärkte ihrer eigenen Industrie an und waren an der Entstehung einer Konkurrenz nicht interessiert. Auch das westliche Kapital entwickelte in den überseeischen Gebieten keine Industrien, obwohl es einige übrige Voraussetzungen, wie beispielsweise technisches Können, mitbrachte.

DAS PROBLEM: DIE UMSETZUNG HANDLERISCHER IN INDUSTRIELLE UNTERNEHMERTÄTIGKEIT

In der Vergangenheit bestimmten also allein die Europäer mit ihrer Politik und mit den Investitionen der großen Kapitalgesellschaften die Entwicklungsrichtung, deren Ergebnis die kolonialen Contrastrukturen waren.⁷⁾ Europäer bildeten den „Motor“ der Entwicklung, sie benötigten aber, um wirksam werden zu können, die Hilfe der klein- und mittelbetrieblichen chinesischen Unternehmungen. Die Parallele zum Konzept der oben skizzierten modernen Strategie der Wirtschaftsentwicklung wird deutlich: in beiden Fällen erfolgt ein Zusammenspiel zwischen Staat und Großkapital einerseits sowie einer großen Gruppe von Privatunternehmern andererseits. Es muß sich der Gedanke aufdrängen, daß man heute nur den „Motor“ auszuwechseln braucht, die Europäer durch die einheimischen Regierungen zu ersetzen. Sie könnten durch eine entsprechende Politik und durch Investitionen von grundlegender Bedeutung den Wirtschaften einen neuen Kurs, ausgerichtet auf die nationalen Interessen, geben. Von den chinesischen Unternehmern, die sich in der kolonialen Zeit nur passiv den von anderen gesetzten Daten anpaßten, könnte das gleiche Verhalten jetzt bei den veränderten äußeren Umständen erwartet werden.

⁷⁾ Zum Begriff „Contrastruktur“ der Überseewirtschaften, die im Gegensatz steht zur Breitenstruktur der europäisch-amerikanischen Kernländer, vgl. Karl Schiller: Wachstumsproblematik, a. a. O., S. 8.

Natürlich ist die Wirklichkeit nicht so schematisch, wie sie an diesem der Technik entlehnten Modell dargestellt worden ist. Aus der kolonialen Vergangenheit haben die heutigen Nachfolgestaaten eine festgefügte Wirtschaftsstruktur übernommen. Sie umzuformen, erfordert mehr, als es das Bild des bloßen Auswechslens eines Motors anzeigt. Von den Chinesen muß die Aufgabe der für eine nationale Wirtschaft zu umfangreichen händlerischen zugunsten von gewerblichen Tätigkeiten verlangt werden. Auch wenn die Chinesen den Beweis erbracht haben, daß sie zu großer Elastizität fähig sind, wirkt diese Umformung ihrer unternehmerischen Aktivität doch einige Probleme auf. Insbesondere ist dazu eine bestimmte Politik der nationalen Regierungen den Chinesen gegenüber erforderlich, die mit der Schaffung eines „günstigen Investitionsklimas“ kurz zu umschreiben ist.

Grundsätzlich gehört dazu, daß jede Diskriminierung von Fremden unterbleibt, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf außerwirtschaftlichem Gebiet. Ist die zukünftige Entwicklung unsicher, dann handelt der Unternehmer rational, der sein Kapital in liquiden Formen hält und bei Investitionen auf rasche Amortisation achtet. Diese Bedingungen sind aber gerade beim spekulativen Handel gegeben, den aufzugeben man von den Chinesen erwartet.

Zu diesem Unterlassen von Diskriminierungen aller Art müßten aber noch mindestens zwei „positive“ Maßnahmen hinzukommen. Deren Fehlen hat sich in Südostasien vielfach hindernd bei der Hinwendung der chinesischen Unternehmer zu Industrieinvestitionen bemerkbar gemacht.

Notwendig ist eine klare Abgrenzung der Bereiche, die dem Staat und der privaten Unternehmerschaft vorbehalten bleiben, wobei vor allem auch die Industriezweige zu bezeichnen sind, die fremden Investitionen offenstehen. Besonders in Thailand und auf den Philippinen sind fremde Industrie Gründungen oft dadurch behindert worden, daß der Staat durch verschiedene Privilegien begünstigte Betriebe gründete, die in direkte Konkurrenz zu bereits bestehenden Unternehmungen traten.⁸⁾ Auf den engen Märkten, die in den Entwicklungsländern heute noch die Regel sind, bedeutet so etwas meist das Ende der wirtschaftlichen Basis für den Privatbetrieb. Da die Gründung dieser öffentlichen und öffentlich geförderten Betriebe oft gerade erfolgte, um den fremden Einfluß in dem entsprechenden Industriezweig zu reduzieren, mußten die potentiellen fremden Investoren geradezu damit rechnen, daß ihrer industriellen Investition die Errichtung eines solchen Konkurrenzunternehmens folgt. In Thailand ist hier 1960 eine Änderung eingetreten. In diesem Jahr wurde ein neues Industrieförderungsgesetz erlassen. Es enthält u. a. die wichtige Zusage, daß der Staat die Praxis der Gründung von Konkur-

⁸⁾ Vgl. z. B. Eliezer B. Ayal: Some Crucial Issues in Thailand's Economic Development. In: Pacific Affairs, Bd. 34 (1961), S. 159.

renzunternehmen aufgeben werde. Die Folge dieses Gesetzes war eine erhebliche Zunahme der chinesischen Industrieinvestitionen.⁹⁾

Darüber hinaus muß ein gewisser Anfangsschutz für die neuen Industrien gewährt werden. Hierher gehören vor allem Konzessionen auf dem Gebiet der Zölle und Steuern, im weiteren Sinne sind aber auch alle Förderungsmaßnahmen wie die Gewährung von Investitionskrediten, technischer und kaufmännischer Beratung usw. dazuzurechnen. Man könnte meinen, daß solche Maßnahmen heute in den Entwicklungsländern, die sich eine eigene Industrie aufbauen wollen, selbstverständlich sind. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Eine solche Förderungspolitik stellt immer eine Einkommensumverteilung dar, wobei die Lasten die breite Masse der Konsumenten (bei Verteuerung der Produkte) oder die Steuerzahler zu tragen haben, während die Begünstigten eine verhältnismäßig kleine Gruppe bilden. Ist eine derartige Politik sowieso schon schwer vertretbar, so kommt in Südostasien die Schwierigkeit hinzu, daß die bereits bestehenden gewerblichen Ansätze, die auf Kosten der breiten Bevölkerung gefördert werden sollen, fast ausnahmslos in fremden, hauptsächlich chinesischen Händen liegen. Derartige Maßnahmen, die allein eine fremde Gruppe begünstigen, sind für die einheimischen Politiker natürlich von vornherein indiskutabel.¹⁰⁾

DAS HINDERNIS: DER NATIONALISMUS

Der Grund hierfür ist der Nationalismus, der heute ohne Zweifel in allen Entwicklungsländern die entscheidende politische Kraft darstellt. Den Nationalisten sind aber die Chinesen in Südostasien als eine eng mit der kolonialen Vergangenheit verbundene Gruppe von vornherein verdächtig. Sie werden von ihnen nicht oder nur widerwillig als Bestandteile der neuen Staaten akzeptiert.

Mit Ausnahme von Singapur sind die Chinesen in Südostasien heute in allen Ländern Diskriminierungen verschiedener Art und Intensität ausgesetzt. Es wird versucht, sie aus ihren bisherigen Positionen, vor allem dem Handel, zu verdrängen und sie dort durch einheimische Kräfte abzulösen. Eine solche Politik ist wenig konstruktiv, wenn sie nur Umbesetzungen innerhalb einer bestehenden Wirtschaftsstruktur anstrebt, aber nicht die als überholt angesehene Struktur selbst zu ändern trachtet.

An und für sich schließt die Verdrängung der chinesischen Händler ihre Hinwendung zu industriellen Tätigkeiten nicht aus. In Indonesien ist das, wie man

⁹⁾ Literatur- und Zahlenangaben hierüber vgl. in meinem bereits zitierten Werk: Die Überseechinesen, a. a. O., S. 161 ff.

¹⁰⁾ Vgl. hierzu u. a. Mohammad Sadli: Indonesia's New Economics. In: Far Eastern Economic Review, Bd. 34 (1961), S. 157 ff.; E. K. Fisk: Special Development Problems of a Plural Society. The Malayan Example. In: The Economic Record, Bd. 38 (1962), S. 214 ff.; E. L. Wheelwright: Industrialization in Malaysia, Melbourne 1965, S. 98 ff.

vermutet, sogar eine Nebenabsicht gewesen, als vor einigen Jahren der chinesische Landhandel unterbunden wurde. Die Chinesen sollten in die Städte und dort zur Aufnahme gewerblicher Beschäftigungen gedrängt werden.¹¹⁾ Das paßte in das Bild eines damals verkündeten Entwicklungsprogramms, bei dessen Durchführung auch „ausländische, in Indonesien domizilierende Kräfte“ Gelegenheit erhalten sollten, der Regierung im Bereich der mittleren Industrien, in dem der Privatinitiative ein weiter Spielraum verbleiben sollte, behilflich zu sein.¹²⁾ Ein Erfolg solcher Maßnahmen ist aber doch sehr unwahrscheinlich. Einmal kann das Anfangskapital für Industrieinvestitionen privater Unternehmer nur aus dem Handel kommen. Diese Quelle wird aber durch die gewaltsame Verdrängung der Händler verstopft, bereits gebildetes Kapital durch Enteignung der Verfügungsgewalt der Unternehmer entzogen. Zum anderen entsteht durch die Diskriminierungen ein Klima der Unsicherheit, das, wie schon gezeigt, gerade eine Bevorzugung händlerischer spekulativer Betätigung fördert, nicht aber eine langfristige Kapitalfestlegung in der Industrie. Das Ziel war hier sicherlich richtig, die Methoden aber falsch gewählt.

Der Nationalismus schafft einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Lage der Minderheiten bei der beginnenden Industrialisierung in Westeuropa und der in den Entwicklungsländern. Früher wurden die Fremden wegen ihrer Leistungen auf gewerblichem Gebiet von den Monarchen in ihren Herrschaftsbereichen bereitwillig aufgenommen. Sie genossen dort nicht nur weitgehende Freizügigkeit, sie wurden darüber hinaus in ihren Tätigkeiten vielfach gefördert. Sicherlich dürften in der einheimischen Bevölkerung Ressentiments den Fremden gegenüber weit verbreitet gewesen sein, bei der damals herrschenden Staatsform brauchte die Regierung darauf aber kaum Rücksicht zu nehmen. Heute ist das anders. Jede Regierung ist auf die Unterstützung der Masse der Bevölkerung angewiesen, und eine Minderheit kann von demagogischen Politikern sehr leicht zum Prügelknaben von Schwierigkeiten gestempelt werden. In Südostasien kann es sich ein Politiker kaum leisten, zu offen für die Belange der Chinesen einzutreten, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, von ihnen bestochen worden zu sein.

ASSIMILIERUNG KEIN AUSWEG

Der Gedanke liegt nahe, daß eine Assimilierung der Minderheit an die staatstragende einheimische Bevölkerung den Ausweg bilden könnte. Wenn die Fremden aufhören, Fremde zu sein, haben die Nationalisten keinen Grund mehr, gegen sie vorzugehen.

¹¹⁾ Vgl. S. J. T a y : Sukarno's Chinese Minority. In: Far Eastern Economic Review, Bd. 43 (1964), S. 632.

¹²⁾ Vgl. Indonesien. Hrsg. von der Botschaft der Republik Indonesien, Bonn, Bd. 7 (1959), Nr. 11, S. 5.

Den Chinesen sagt man nach, daß sie sich nur sehr schwer assimilieren lassen. Das stimmt sicherlich im großen und ganzen, trifft aber nicht in jedem Fall zu. Es ließen sich nämlich auch sehr viele Beispiele dafür anführen, daß eine volle oder teilweise Assimilierung stattgefunden hat, vor allem in den nicht-islamischen Ländern wie Thailand, Kambodscha und Vietnam, aber nicht nur dort. Man muß sich bei der Beurteilung dieser Frage vor Augen halten, daß in der kolonialen Vergangenheit eine Assimilierung an die einheimische Bevölkerung den Chinesen keine Vorteile gebracht hätte. Sie standen in der Hierarchie über den Einheimischen, unter den Europäern. Wenn sie ihr Chinesentum aufgaben, kam deshalb nur eine Verwestlichung in Frage.

Seit dem letzten Kriege dürfte sich hier manches geändert haben. Der Zeitraum von 20 Jahren ist aber zu kurz, um schon jetzt Ergebnisse zu zeigen. Eine Assimilierung ist ein Prozeß, der sich nur über mehrere Generationen vollziehen kann.

Die lange Frist, die hierfür nötig ist, beantwortet aber schon die Frage, ob in der Assimilierung die Lösung des Problems gesucht werden kann. Der Nationalismus drängt auf schnelle Ergebnisse, er ist sicherlich nicht bereit, die Verwirklichung seiner Forderungen mehrere Jahrzehnte zurückzustellen.

Wegen des hier angestrebten Zieles, des Einsatzes der unternehmerischen Fähigkeiten der Minderheiten für die wirtschaftliche Entwicklung, darf eine Assimilierung auch auf keinen Fall ein völliges Aufgehen der fremden Minderheit in der einheimischen Bevölkerung, also die Annahme deren Kulturen und damit deren Verhaltensweisen, bedeuten. Denn gerade dadurch würde die fremde Minderheit auch diejenigen ihrer Eigenschaften aufgeben, die sie zur aktiven Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet befähigt. Das ist zum Beispiel im unabhängigen Thailand in der Vergangenheit in großem Umfang vorgekommen. Die erfolgreichen chinesischen Unternehmer, wenn sie es zu Wohlstand gebracht hatten, tendierten zur einheimischen Elite, zur Aristokratie, und wurden wie diese Staatsbeamte. Hier vollzog sich somit eine völlige Assimilierung, die aber eine nicht wünschenswerte Entfremdung von wirtschaftlicher Betätigung zur Folge hatte.¹³⁾

Eine Lösung könnte nur darin bestehen, daß sich aus Chinesen und denjenigen einheimischen Kräften, die ihrer eigenen traditionellen Welt entwachsen sind, eine neue Schicht bildet, so etwas wie eine einheimische, gewerblich orientierte Mittelklasse. Also nicht volle Assimilierung der Fremden müßte das Ziel sein, sondern eine Synthese zu etwas Neuem.¹⁴⁾

13) Vgl. Kenneth Perry Landon: *The Chinese in Thailand*, London 1941, S. 158.

14) Coughlin stellte in Thailand eine Annäherung der beiden Gruppen durch eine gemeinsame „Verwestlichung“ fest. Dabei besteht aber die Gefahr, daß diese Entwicklung neue Ressentiments weckt. Besser wäre es wohl, statt von „Verwestlichung“ allgemeiner von „Modernisierung“ zu sprechen. Vgl. Richard J. Coughlin: *Double Identity. The Chinese in Modern Thailand*, Hongkong 1960, S. 199 ff.

Allerdings zeigt die Erfahrung in Südostasien auch, daß gerade aus dieser Entwicklung nicht nur eine Entspannung, sondern ebenso eine Verschärfung der Situation entstehen kann. In den modernisierten Kreisen der einheimischen Bevölkerung sind die Wortführer des Nationalismus in erster Linie zu suchen. Die sich bildende Schicht der einheimischen Unternehmer hat darüber hinaus noch einen recht handfesten Grund, den Nationalismus zu schüren, denn indem sie gegen die Positionen der Fremden in der Wirtschaft ankämpfen, beseitigen sie lästige Konkurrenten. Das beste Beispiel hierfür in Südostasien ist die Organisation der Sarekat Islam, die 1911 als Schutzorganisation einheimischer Batik-Händler gegen nichteinheimische Wettbewerber gegründet worden ist und die dann eine führende Rolle im Kampf für die Unabhängigkeit Indonesiens gespielt hat. Die nationalen Bewegungen nicht nur in Indonesien, sondern auch in anderen Ländern Südostasiens, führten letztlich dazu, daß sich die einheimischen Unternehmer im Konkurrenzkampf nicht mehr auf ihre eigenen Leistungen verließen, sondern auf unabhängige Regierungen hofften, von denen dann erwartet wurde, daß sie ihren Erfolg mit politischen Mitteln verbürgen würden.¹⁵⁾ Hier führt Assimilierung im Sinne einer Annäherung beider Gruppen auf gewerblicher Ebene also nicht zu einer Beendigung nationaler Ressentiments, sondern sie ist im Gegenteil gerade deren Ursache.

Zwar spielen sich diese Rivalitäten vorerst auf dem Gebiet des Handels ab. Eine Industrialisierung mit ausschließlich oder vorwiegend chinesischer Beteiligung dürfte aber mit ziemlicher Sicherheit über kurz oder lang neue nationale Ressentiments zur Folge haben, dann nämlich, wenn die ersten einheimischen Unternehmer dieses Feld zu betreten versuchen und es in gleicher Weise von Fremden besetzt finden, wie es heute beim Handel der Fall ist.

ANSATZPUNKTE EINER ZUSAMMENARBEIT

Eingriffe in die Wirtschaft führen oft zu Resultaten, die denen ganz entgegengesetzt sind, die sich die Initiatoren dieser Eingriffe vorgestellt haben. So ist es auch in Südostasien, wo die Diskriminierungen gegen die Chinesen nicht nur dazu führen, daß die Chinesen aus ihren wirtschaftlichen Positionen verdrängt werden, sondern daß sie sich mit den nationalen Kräften arrangieren und mit ihnen zusammenarbeiten. Skinner nannte in bezug auf Thailand diese Verbindung zwischen dem einheimischen Nationalismus und seinem Hauptgegner die größte Paradoxie der thailändischen Geschichte.¹⁶⁾

15) Vgl. Justus M. van der Kroef: *Economic Origins of Indonesian Nationalism*. In: Philip Talbot (Hrsg.): *South Asia in the World of Today*, Chicago 1950, S. 174 ff.

16) Vgl. G. William Skinner: *Chinese Society in Thailand*, Ithaca 1957, S. 360 f.

Zur Zusammenarbeit kommen zwei einheimische Gruppen in Frage, einmal die Unternehmer selbst, zum anderen die Bürokratie, d. h. einflußreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Um den Diskriminierungen zu entgehen, haben viele chinesische Geschäftsleute einheimische Partner in ihr Unternehmen aufgenommen, um ihm, zumindest äußerlich im Verkehr mit den Behörden, einen einheimischen Anstrich geben zu können. In der Regel werden es nicht gerade sehr starke Partner sein, die sich die Chinesen auswählen. Je dümmer und unerfahrener sie sind, desto besser können die Chinesen Herr im eigenen Betrieb bleiben. Es sind „Strohleute“, die nur dort, wo es nötig ist, nach außen in Erscheinung treten. Trotzdem sind aber aus den Reihen dieser „Strohleute“ schon eine ganze Reihe einheimischer Unternehmer hervorgegangen.¹⁷⁾

Noch wirksamer als die Aufnahme einheimischer Privatpersonen ist die Betrauung von einflußreichen Politikern oder Verwaltungskräften mit lukrativen Vorstandsposten. Sie werden im Unternehmen nicht selbst aktiv tätig, können aber durch ihren politischen Einfluß manche Diskriminierungen von den Unternehmungen abwenden. Der einfache Grundgedanke bei solchen Verbindungen ist der, daß niemand ein Interesse daran haben kann, daß seine eigene Geldquelle zerstört wird. So etwas ist sicherlich nichts anderes als eine legalisierte Form der Bestechung. Natürlich behalten die Politiker ihre bezahlten Vorstandsposten nur so lange bei, wie sie einflußreich sind und den benötigten Schutz gewähren können.

Trotzdem dürfte diese Form des Zusammengehens sehr viel zur Verbreitung des Verständnisses für Wirtschaftsbetriebe beigetragen haben. Die Regierungsbeamten und Politiker gründeten nun ihrerseits sehr viele öffentliche und halböffentliche Unternehmungen. Teilweise jedenfalls lag ihnen sicherlich die Absicht zugrunde, den Einfluß des fremden und damit auch des chinesischen Kapitals zurückzudrängen, von dem sie selbst kurz zuvor noch profitierten. Da die einheimische Bürokratie in den meisten Fällen aber zum Führen der von ihr gegründeten Betriebe nicht fähig war, war sie für das Management wiederum auf Chinesen angewiesen.¹⁸⁾

Nichts deutet darauf hin, daß sich aus dieser Zusammenarbeit eine wirkliche Verbindung ergibt. Sie trägt

¹⁷⁾ Vgl. Frank H. Golay: *The Philippines. Public Policy and National Economic Development*, Ithaca 1961, S. 345.

¹⁸⁾ Vgl. G. William Skinner, a. a. O.

ohne Zweifel dazu bei, daß sich unternehmerisches Können unter der einheimischen Bevölkerung verbreiten wird. Damit leisten die Chinesen als fremde Minderheitsgruppe einen wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Gastländern. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sie sich mit solchen Formen der Zusammenarbeit auf dem Rückzug befinden. Es sind Notlösungen, die von vornherein die Vorläufigkeit erkennen lassen und sicherlich nicht für die Dauer geeignet sind.

MINDERHEITEN KÖNNEN BEITRAG ZUR ENTWICKLUNG LEISTEN

Obwohl die fremden Minderheiten in den Entwicklungsländern, wie beispielsweise die Chinesen in Südostasien, bei der modernen Entwicklungsstrategie, in der sich staatliche und private Aktivitäten gegenseitig ergänzen, gute Dienste leisten könnten, verhindert der Nationalismus weitgehend einen sinnvollen wirtschaftlichen Einsatz dieser Minderheiten.

Der Wunsch der Regierungen der Entwicklungsländer, der einheimischen Bevölkerung eine angemessene Beteiligung an der Volkswirtschaft zu verschaffen, ist verständlich und durchaus anzuerkennen. Trotzdem erhebt sich die Frage, ob das nicht auch auf eine Weise möglich wäre, bei der die fremden Minderheiten nicht vom wirtschaftlichen Fortschritt ausgeschlossen werden. Ihre Unbeliebtheit ändert nichts an der Tatsache ihrer Existenz, und in irgendeiner Weise muß ein Auskommen mit ihnen gesucht werden. Auch einen Platz in der Volkswirtschaft wird man ihnen zuweisen müssen. Dann ist aber nicht einzusehen, weshalb sie nicht dort eingesetzt werden sollen, wo sie den besten Beitrag zur Entwicklung liefern können, wo sie auch am dringendsten gebraucht werden. Das Argument, daß man den fremden Einfluß nicht noch stärker werden lassen dürfe, ist nicht stichhaltig, da den Regierungen durch die Möglichkeiten der Bestimmung der Politik und durch die Kontrolle der Investitionen von grundlegender Bedeutung die Leitfunktion in der Wirtschaft erhalten bleibt.

Das ist aber eine politische Entscheidung, die jede Regierung selbst zu treffen und zu verantworten hat. Es bleibt nur zu hoffen, daß in dem Maße, in dem der Abstand zu der kolonialen Vergangenheit sich vergrößert, sich realistischere Betrachtungsweisen durchsetzen werden und damit auch das Minderheitenproblem in einem anderen Lichte erscheint.